

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Tatge und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/6597 —

Zerschneidung des Naturparks Pfälzer Wald und Verkehrsanbindung
in der Westpfalz

*Der Bundesminister für Verkehr – StB 22/40.25.79. 1427/4 RP 87 –
hat mit Schreiben vom 13. Februar 1987 namens der Bundesregierung
die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

1. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die falsche Weichenstellung zu revidieren und den finanziellen Spielraum voll dem Ausbau der B 10 zukommen zu lassen?

Der Deutsche Bundestag hat mit dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen sowohl den Ausbau der B 10 als auch der B 427 gesetzlich festgelegt. Die Bundesregierung sieht darin keine falsche Weichenstellung und wird diese Konzeption planerisch weiterverfolgen.

2. Welcher Nutzen-Kosten-Quotient ist bei einer weitgehend drei- bis vierstreifigen, überwiegend auf vorhandener Trasse ausgebauten B 10 zu erwarten?

Für einen vierstreifigen Ausbau der B 10 von Pirmasens bis nördlich Landau wurde das Nutzen-Kosten-Verhältnis mit 1,2 errechnet.

3. Glaubt die Bundesregierung, daß das Alternativnetz aus zwei mal zwei Fahrstreifen die von der Region und dem Saarland gewünschte leistungsfähige Fernstraßenverbindung, die sich über den Ausbau der B 10 realisieren ließe, ersetzen kann?

Wieso wird in diesem Planungsfall vom Prinzip der Verknüpfung von Oberzentren abgewichen (Saarbrücken/Landau)?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen festgelegte Konzeption die hier erforderliche leistungsfähige Fernstraßenverbindung darstellt. Im übrigen wird vom Prinzip der Verknüpfung der Oberzentren (Saarbrücken und Karlsruhe) keineswegs abgewichen.

4. Wann rechnet die Bundesregierung in Anbetracht der möglichst rasch gewünschten Anbindung an die Wirtschaftszentren Mannheim bzw. Karlsruhe mit einer durchgängigen Befahrbarkeit der im Bundesverkehrswegeplan '85 vorgesehenen Streckenabschnitte im Zuge der B 427?

Die Dauer der noch notwendigen Planverfahren kann zur Zeit noch nicht abgeschätzt werden.

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch nur punktuelle Verbesserungen an der B 10 der inner- und überregionalen Erreichbarkeit sofort zugute kommen und die B 10 die kürzeste Verbindung vom Autobahnende A 8 zur A 65 darstellt?

Siehe hierzu Antwort zu Frage 1.

6. Wie hoch ist der voraussichtlich direkte Flächenverbrauch sowie der sekundäre Landschaftsverbrauch der geplanten Neubaustrecke B 427 n?

Läßt sich dieser Neubau trotz vorhandener Alternativen mit der Bodenschutzkonzeption vereinbaren?

Die Flächeninanspruchnahme der B 427 n wird durch die Umweltverträglichkeitsprüfung im weiteren Planungsvollzug ermittelt. Dabei erfolgt auch eine Abwägung mit dem Ziel der Bodenschutzkonzeption.

7. Der durch die B 427 n zerschnittene Naturpark Pfälzer Wald ist laut Gutachten „Erholungsräume in Rheinland-Pfalz“, Mainz 1977, eingestuft in die obere Eignungsstufe für landschaftsbezogene Freizeit und Erholung.

Gibt es Untersuchungen über die negativen Auswirkungen auf Tourismus und Naherholung durch den Bau von Bundesfernstraßen in Erholungsräumen, und glaubt die Bundesregierung, es verantworten zu können, in solchen Landschaftsräumen fragwürdige Verkehrsprojekte zu realisieren?

Unter Abwägung aller planungsrelevanten Tatbestände stehen die sowohl positiven als auch negativen Untersuchungsergebnisse

zu den Teilaspekten Tourismus und Naherholung einer Realisierung des Projektes nicht entgegen.

8. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß durch die Südumgehung von Pirmasens eine entscheidende Entlastung der Innenstadt erreicht werden kann, in Anbetracht des über 90 % liegenden Anteils an Ziel- und Quellverkehr und der Tatsache, daß der Durchgangsverkehr schon jetzt auf der B 10 um den Stadtkern herumgeführt wird?

Die Bundesregierung ist der Meinung, daß durch die Südumgehung von Pirmasens eine entscheidende Entlastung der Innenstadt erreicht werden kann. Im Rahmen der Linienbestimmung werden aber sowohl Nord- als Südvarianten im Raum Pirmasens gleichwertig behandelt.

9. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stadt Pirmasens in erster Linie an einer Südumgehung als angeblichem Allheilmittel für die innerstädtische Verkehrsbewältigung interessiert ist? Die Funktion Bundesfernstraße wird als Finanzierungshilfe hierzu in Anspruch genommen.

Ja.

